

Wolfgang Stölzle, Günter Roth
Mut zum Widerspruch

Wolfgang Stölzle
Günter Roth (Hrsg.)

Mut zum Widerspruch

*Dissidenten der Alternativlosigkeit
berichten*

d|ęcorso.

Zuschriften, Verbesserungsvorschläge und Kritik

discorso. Verlagsgenossenschaft
 Unterer Batterieweg 3
 4053 Basel
info@discorso.ch
<http://discorso.ch>

Bibliographische Information

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
 in der Deutschen Nationalbibliographie.
 Detaillierte bibliographische Daten sind im Internet abrufbar
 über <http://dnb.d-nb.de>

Alle Rechte vorbehalten

© 2025 discorso Verlagsgenossenschaft, Basel

Dieses Werk ist, einschliesslich aller seiner Teile, urheberrechtlich geschützt.
 Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbeson-
 dere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Ein-
 speicherung in Datenverarbeitungsanlagen oder sonstige elektronische Systeme.
 Vervielfältigungen des Werks oder von Teilen des Werks sind auch im Einzelfall
 nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes
 in der jeweiligen Fassung zulässig.

ISBN: 978-3-9997-0000-7

Planung und Lektorat: Rolf Lenzen, Wessobrunn

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin, unter Verwendung eines Fotos von
 Tyler Olson/AdobeStock

Satz: InnoSet AG, Kehrsiten

Produktion: publishing support, München

Aktuelle Informationen finden Sie im Internet unter <http://discorso.ch>

Inhalt

Geleitwort	7
Michael Esfeld	
Vorwort	11
Rolf Lenzen	
Einführung oder: «Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd»	13
Wolfgang Stölzle und Günter Roth	
I Autoritarismus des «einzig Wahren und Guten»	15
Günter Roth	
II Widerspruch in der Wissenschaft	41
Ende einer Treibjagd	43
Alessandra Asteriti	
Gibt es in der Schweiz ein Forschungsverbot zu 9/11?	55
Daniele Ganser	
In der Wahrheit leben	79
Michael Meyen	
Ulrike Guérot: Ihr Kampf für ein anderes Europa	99
Ortwin Rosner	
Nachwort	123
Ulrike Guérot	
Es kommt auf die Menschen an	129
Enno Schmidt	
Cancel Culture an einer Schweizer Universität	139
Wolfgang Stölzle	

III Widerspruch in der Medizin	173
Von der globalen Ent-Täuschung zur persönlichen Ent-Wicklung	175
Andreas Heisler	
Von der unbescholtenen Landärztin zur vorbestraften «persona non grata» im Exil	193
Carola Javid Kistel	
Es tönt rechts	221
Christian Schubert	
Das Versagen der Wissenschaft in der Corona-Krise	247
Andreas Sönnichsen	
Wenn kritische Fragen zu existenziellen werden	261
Harald Walach	
IV Widerspruch in Staat und Kirche	287
Ein Bürger in Uniform	289
Alexander Bittner	
Wenn es auf Tatsachen nicht mehr ankommt	305
Christian Dettmar	
Widersprüche über Widersprüche	323
Lucian Michaelis	
«Wenn der Teufel einen auf das Thun und Lassen bringet, so hat er gewonnen.»	345
Martin Michaelis	
V Wer – Was – Wie – Warum?	369
Eine Spurensuche nach dem Mut zum Widerspruch	371
Heike Egner und Anke Uhlenwinkel	
Die Autoren	399

Geleitwort

Von Michael Esfeld

Wissenschaft und Rechtsstaat sind die beiden Säulen der Moderne. Der Rechtsstaat beruht auf dem Naturrecht, nämlich dem Recht auf Selbstbestimmung über das eigene Leben, das jedem Menschen kraft seiner Natur als vernünftigen Wesen zukommt. Der Rechtsstaat sichert die natürlichen Rechte von jedem, indem er jeden auf seinem Territorium vor unerwünschten Übergriffen in die Selbstbestimmung über sein Leben schützt. Damit garantiert er die Freiheit, die für das gesellschaftliche Leben, einschliesslich insbesondere der Medien und der Wissenschaft, essentiell ist. Die Wissenschaft, einschliesslich der Geisteswissenschaften und der Philosophie, besteht nicht darin, bestimmte Doktrinen zu verkünden, sondern in einer Methode der Wahrheitsfindung, welche Erkenntnisansprüche konsequent einer kritischen Prüfung durch Evidenz und Argument unterzieht. Was dieser Prüfung standhält, gilt zurecht als Erkenntnis, aber immer nur relativ auf den Stand der jeweiligen Forschung: Erkenntnis kann jederzeit durch neue Evidenz und Argumente hinterfragt werden. Deshalb ist die akademische Freiheit, alles erforschen und was auch immer mit Evidenz und Argument in Frage stellen zu können, das Lebenselixier der Wissenschaft.¹

Beides, Wissenschaft und Rechtsstaat, haben wir zu guten Teilen verloren, wie die Beiträge in diesem Band zeigen. Die offene Gesellschaft im Sinne von Karl Popper² mitsamt freier Wissenschaft und dem Rechtsstaat, der Grundrechte sichert, ohne über sie verfügen zu dürfen, werden zunehmend unter den Vorbehalt einer Ideologie gestellt, die beiden übergeordnet wird: Wissenschaft betreiben und Grundrechte ausüben darf man nur unter den Vorbehalten, die von der jeweiligen Ideologie eines angeblich kollektiven Gutes bzw. der

Abwehr einer angeblichen kollektiven Gefahr – wie im Corona- und im Klima-Regime – gesetzt werden. Dabei ist leicht zu sehen, dass diese Ideologien weder mit Wissenschaft noch mit Moral etwas zu tun haben. Sie werfen vielmehr die wissenschaftlichen und die moralischen Standards über Bord, indem sie die Menschen als bloße Objekte behandeln, deren Bahnen von Regierungen oder supranationalen Organisationen unter Berufung auf abergläubische, pseudo-wissenschaftliche und pseudo-moralische Allmachtsphantasien gesteuert werden sollen. Kurz, es ist der alte Wein des totalitären Sozialismus kommunistischer oder nationalsozialistischer Prägung mit den pseudo-wissenschaftlichen und pseudo-moralischen Gesetzen von Klassen bzw. Rassen (Eugenik) in neuen Schläuchen. Bis jetzt geschieht das allerdings weitgehend ohne die Anwendung direkter physischer Gewalt, aber unter Einsatz der Mittel zur Zerstörung der gesellschaftlichen Existenz von vielen der Menschen, die Mut zum Widerspruch haben und damit als Dissidenten der angeblichen Alternativlosigkeit auftreten, wie die Beiträge in diesem Band zeigen.

In einer freien Wirtschaft kann es zu Monopolbildung kommen. Für bestimmte Güter und Dienstleistungen mag es sogar ökonomisch effizient erscheinen, dass ein Monopolist sie bereitstellt. Der Monopolist wird aber immer, auch wenn er integer und guten Willens ist, dazu tendieren, in seinen Leistungen nachzulassen und überhöhte Preise zu verlangen – im Vergleich zu einer Situation, in der es miteinander konkurrierende Anbieter gäbe. Der Monopolist kann jedoch niemandem seine Güter und Dienstleistungen aufzwingen. Deshalb bestehen Monopole in einer freien Wirtschaft nur temporär und werden in der Regel verdrängt, bevor es zu signifikantem Missbrauch kommt. Generell gesagt: In einer Wirtschaft und Gesellschaft, die auf freiwilligen Interaktionen der Menschen beruht, kann niemand anderen etwas aufzwingen. Zwang ist nur als Reaktion darauf legitim, dass jemand die Rechte anderer verletzt. Das ist die Definition der Herrschaft des Rechts («rule of law» im Englischen), nämlich nur gegen Übergriffe gegen die natürlichen Rechte einzuschreiten.

Der heutige Staat ist hingegen Zwangs-Monopolist. Er zwingt der Gesellschaft eine bestimmte Form von unter anderem Gesundheitsvorsorge, Altersvorsorge, Information durch Medien, Erziehung und

Wissenschaft mit Schulen und Universitäten auf. Er verdrängt damit die freiwilligen Zusammenschlüsse von unten, die diese Leistungen erbringen würden, wenn es den Zwangs-Monopolisten nicht gäbe, und die diese Leistungen erbracht haben, bevor der Staat als Zwangs-Monopolist auftrat. Dem Zwangs-Monopolisten kann man nicht ausweichen. Wer die Zwangsabgaben in Form von Steuern oder Gebühren für diese Dienstleistungen nicht zahlt und ggf. den Zwangsdienst in Form von sogenannter Wehrpflicht, Zivildienst oder sozialem Jahr verweigert, gegen den wird mit Zwang im Sinne der Anwendung physischer Gewalt (Haftstrafen) vorgegangen.

Der entscheidende Punkt ist dieser: Indem der Staat die genannten Dinge und noch vieles mehr als Zwangs-Monopolist organisiert, muss er unausweichlich inhaltlich eingreifen, weil die Mittel und Güter, wie immer, knapp sind. So muss er beispielsweise festlegen, was zu den zwangsfinanzierten Gesundheits-Dienstleistungen gehört und was nicht, wie die Altersvorsorge staatlich statt durch Familien und andere freiwillige Zusammenschlüsse zu gestalten ist und wie nicht, was in die Lehrpläne, Forschungsförderung, Medieninhalte kommt und was nicht usw. Infolgedessen sind die staatlichen Institutionen auf Lieferanten solcher Inhalte angewiesen. Damit ist den Ideologen Tür und Tor geöffnet: Sie liefern die Inhalte, mit denen die staatlichen Institutionen ihre Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens rechtfertigen und ausweiten können. Es gibt nicht nur eine Metaphysik der Ökonomie – die Theorie freiwilligen Handelns zum wechselseitigen Nutzen –, sondern auch eine Ökonomie der Metaphysik, nämlich die Beförderung von Ideologien zur Ausweitung der Gestaltungskraft, die im System des staatlichen Zwangs-Monopolisten angelegt ist.³ Das ist der Grund für die Entwicklung, die wir erleben und die in den Beiträgen in diesem Band eindrücklich beschrieben wird.

Paul Feyerabend forderte bereits in den 1970er Jahren, nach der Trennung der Wissenschaft von der Kirche, die Wissenschaft ebenfalls vom Staat zu trennen.⁴ Erstere Trennung reicht für freie Wissenschaft nicht hin; dazu ist auch letztere Trennung erforderlich. Immanuel Kant fordert in seinem berühmten Aufsatz «Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?» von 1784, dass der öffentliche Gebrauch der Vernunft immer frei sein muss. Dadurch wird langsam, aber stetig und auf vollkommen friedliche Weise Fortschritt in Rich-

tung einer Gesellschaft erreicht, die auf freiwilligen Interaktionen statt staatlicher Gängelung basiert. Genau das ist auch der Grund, weshalb die Staatsorgane heute versuchen, den freien öffentlichen Gebrauch der Vernunft unter allerlei Vorwänden zu unterbinden. Denn der Mut, seine Stimme zu erheben, ist der Mut zum Widerspruch, zum Dissens gegenüber der staatlich gesetzten Alternativlosigkeit. Lassen wir uns diesen Mut nicht nehmen! Der bevormundende Staat ist auf Angst-Narrative angewiesen, um die Menschen zu gängeln und von Selbstbestimmung abzuhalten. Aber nicht Herrschaft, sondern die spontane Ordnung, die aus den freiwilligen Interaktionen der Menschen und ihren sozialen Bindungen hervorgeht, wenn alle Menschen ihre Fähigkeiten frei entfalten können, ist der Stoff, aus dem die Erfolgsgeschichte unserer Zivilisation gestrickt ist. Diesen Weg können wir wieder aufnehmen und eine positive Zukunft in Freiheit, Recht und Frieden gestalten. Wir brauchen den Mut für eine neue Aufklärung durch freien öffentlichen Gebrauch der Vernunft. Dieses Buch leistet einen wichtigen Beitrag dazu.

Lausanne, am 1. Juni, 2025
Michael Esfeld
Professor für Philosophie
Universität Lausanne

Referenzen

- ¹ Siehe dazu ausführlich Michael Esfeld, *Land ohne Mut. Eine Anleitung für die Rückkehr zu Wissenschaft und Rechtsordnung*, Berlin: Achgut 2023.
- ² Karl Popper, *The open society and its enemies*. London: Routledge 1945. Deutsch *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. München: Francke 1957/58.
- ³ Siehe Guido Hülsmann, «The Economics of Metaphysics» in Jörg Guido Hülsmann und Stephan Kinsella (Hgg.), *A life in liberty: Liber amicorum in honor of Hans-Hermann Hoppe*, Houston: Papinian Press, S. 355–371.
- ⁴ Siehe Paul Feyerabend, *Against method*. London: New Left Books 1975. Deutsch *Wider den Methodenzwang*. Übersetzt von Hermann Vetter. Frankfurt (Main): Suhrkamp 1986. Kapitel 19.

Vorwort

Von Rolf Lenzen

Dieses Buch gibt Menschen eine Stimme, die verfolgt, ausgegrenzt und gedemütigt wurden, weil sie die öffentlich vorgegebenen Narrative hinterfragt haben. Als Antwort haben sie schwereres, meist ihre Existenz gefährdendes Unrecht erfahren. Viele wurden aus ihren Berufen gedrängt, kaltgestellt und/oder bedroht.

Die hier vorgelegten Berichte legen Zeugnis davon ab, welche persönlichen Beweggründe Menschen aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld hervortreten lassen. Sie berühren, weil die ureigene friedliche Bewältigung erfahrenen Unrechts wohl zu den grossen Herausforderungen menschlichen Seins gehört.

Die Autoren erzählen schliesslich auch vom Ende einer Illusion. Sie erzählen vom Ende einer offenen Gesellschaft. Zurück bleiben Menschen, die mehrheitlich und schon sehr weitgehend ein Klima der Angst und des angeordneten Gleichschritts akzeptieren. Die Berichte entschleiern das Bild einer sich zersetzenden Demokratie, die sich längst auf den Weg in mehr oder weniger verdeckte totalitäre Strukturen begeben hat.

Damit werfen sie den Leser auf sich selbst zurück und sie öffnen den Raum für grundlegende und auch sehr persönliche Fragen: In welchem gesellschaftlichen Umfeld kann sich Unrecht entfalten? Welchen Grad an Freiheit ist eine Gesellschaft bereit aufzugeben und welchen fordert sie ein? Und: Wie will ich persönlich meine gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen?

Ein gesellschaftliches Umfeld aus Angst, Unterdrückung und Spaltung kann nur durch den lebendigen Geist überwunden werden. Es sind die etwa zwanzig Prozent autonomer Denker, die eine Gesellschaft zum Überleben in Freiheit und Frieden braucht. Mut überwin-

det die Angst. Und Mut gewinnen wir aus tiefer Verwurzelung; viele nennen sie Spiritualität. Kritische Reflexion sowie die Einhegung politischer Macht sind die Voraussetzungen für individuelle Freiheit und Mitmenschlichkeit. Für diese Ziele legen unsere Autorinnen und Autoren hier ein sehr persönliches Bekenntnis ab.

Doch die Geschichten erzählen nicht nur vom Ende einer Illusion. Sie erzählen auch von einem Neuanfang. Dieser Anfang ermutigt, denn er trägt die Leichtigkeit in sich, die jeder Aufbruch zu neuen Ufern mit sich bringt.

Für ihr Beispiel gebührt den Autorinnen und Autoren dieses Buchs unser tiefer Dank.

Basel, am 28. Juli 2025
Rolf Lenzen
Verwaltungsrat
Verlagsgenossenschaft discorso.

Einführung oder: «Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd»

Von Wolfgang Stölzle und Günter Roth

Das alte (wohl armenische) Sprichwort umreisst die Erfahrung von Menschen, die öffentlich unerwünschte Wahrheiten oder Ansichten aussprechen und dafür beleidigt, aus beruflichen Stellungen gedrängt und sogar inhaftiert wurden. Sie berichten aus dem deutschsprachigen Raum, aus Ländern, die sich gemeinhin als frei, demokratisch und rechtsstaatlich begreifen. Sie haben Alternativen zu dem gesucht, was als die eine Wahrheit und damit als alternativlos ausgegeben wurde. Dies war Anlass für unterschiedlichste Arten von Verfolgung, mit aus der Luft geholten Vorwänden oder mit massiven Vorwürfen wegen privater Meinungsäußerungen. Oft hat man den Eindruck, dass kein Mittel ungenutzt blieb, um maximalen Druck aufzubauen.

Die Berichte von Menschen, die nie wirklich gehört wurden, stehen im Mittelpunkt dieses Sammelbandes. Damit rückt zumindest ein Teil alternativer, abweichender Sichtweisen in eine hoffentlich breitere Öffentlichkeit. Eingerahmt werden die Berichte von einer gesellschaftspolitischen Einordnung. Dazu werden im letzten Kapitel systematische Vergleiche zu bisherigen Forschungen angestellt, welche die Entlassung von über 60 Professoren allein im deutschsprachigen Raum untersuchen.

Verlag und Herausgeber haben bewusst ein breites Spektrum an Themen und Autoren angestrebt. Damit geht eine Diversität der Beiträge und ihres Schreibstils einher, bis hin zu sprachlichen Präferenzen, beispielsweise im Hinblick auf Ausdrücke für die Repräsentation der Geschlechter oder «Gender». Wir hoffen auch hierbei auf eine neugierige, tolerante Leserschaft, die keinen Denkgeboten, vorschneller Verurteilung und Lagermentalität erliegt.

Der Wahrheit fühlen sich die Herausgeber ebenso wie die Autoren verpflichtet. Doch die Wahrheit der Autoren ist naturgemäss mitunter nur ein Teil der Wahrheit, auch weil in einigen Fällen wichtige Dokumente unter Verschluss liegen. Was von der Wahrheit der Autoren publiziert wird, bleibt in deren Ermessen, auch angesichts ihrer häufigen Traumatisierung oder Verletzlichkeit infolge der erlebten Angriffe. Teilweise sind auch Schutzmechanismen wie Pseudonymisierung, der Verzicht auf Namen oder brisante Details erforderlich. Denn etliche der Autoren befinden sich noch immer in laufenden Rechtsstreitigkeiten oder sorgen sich um eine Wiederaufnahme bzw. Verschärfung ihrer Verfolgung. Deshalb haben sowohl Herausgeber als auch Autoren alle Rechte auf den Verlag übertragen.

Es ist uns ein Bedürfnis, dass die Leserschaft nicht nur die Wahrheit erfährt, sondern auch davon Kenntnis erlangt, was mit den ausgeschlossenen und verfolgten Menschen persönlich geschehen ist. Insofern enthalten alle Beiträge auch persönliche Bezüge, der eine mehr, der andere weniger. Unsere Sammlung «Mut zum Widerspruch» möge trotz der mitunter erschreckenden Geschichten zur Zivilcourage motivieren und Nachahmer finden. Denn die Geschichten zeigen auch, dass es immer Alternativen und Auswege gibt und keiner der hier vertretenen Autoren sein Handeln bereut, im Gegenteil. Und wenn immer mehr Menschen gegen den Strom der Quelle der Wahrheit entgegen schwimmen, braucht es keine Flucht und keine schnellen Pferde mehr.

Bazenheid und München, am 28. Juli 2025
Wolfgang Stölzle und Günter Roth

Kapitel I

Autoritarismus des «einzig Wahren und Guten»

Von Günter Roth

Worum geht es?

Im freien demokratischen Ringen um allgemein verbindliche Regeln sollte Widerspruch selbstverständlich sein, ebenso wie großzügige Grenzen der Meinungsfreiheit. Insofern ist erklärungsbedürftig, wenn Menschen, beleidigt, ausgeschlossen und aus beruflichen Stellungen entfernt werden, weil sie der Regierung und der herrschenden Meinung öffentlich widersprechen. Ein Erklärungsansatz ist, dass sich in den real existierenden Demokratien eine technokratisch-autoritäre Krisenpolitik ausgebreitet hat, indem immer neue «Krisen» und angeblich «alternativlose» politische Entscheidungen verkündet wurden. Damit erodierte die Demokratie: Statt einer Herrschaft des Volkes, durch das Volk, für das Volk (Lincoln), sehen wir weithin eine Herrschaft akademischer Eliten, für die Reichen, und zwar in Mitte-Rechts- wie Mitte-Links-Regierungen. Infolgedessen wachsen überall in Europa (meist rechte, aber auch linke) Protestbewegungen und Parteien, die vom herrschenden «Bloc Bourgeois» ebenso hochmütig wie selbstgerecht als «populistisch» abgewertet und ausgeschlossen werden. Dazu kommen Ausnahmezustände wie nach den Terroranschlägen des 11. September 2001, in denen die Grundsätze des demokratischen Rechtsstaats mehr oder weniger ausser Kraft gesetzt und diejenigen verfolgt werden, welche die Machenschaften entfesselter staatlicher Sicherheitsapparate aufdecken oder kritisieren. Auch der Ausnahmezustand der so genannten «Corona-Pandemie» zeigte, wohin es führt, wenn staatliche Exekutivorgane und herrschende Eliten sich frei von rechtlichen Beschränkungen fühlen können.¹ Es war der vorläufige Höhepunkt einer

nachfolgend rekonstruierten Krisenpolitik und eines Autoritarismus des vermeintlich einzig «Wahren und Guten» der politischen Mitte, womit abweichenden Meinungen als idiotisch oder gefährlich abgewertet und bekämpft werden.

Der Ausnahmezustand der «Corona-Pandemie»: Ein kurzer Rückblick

Vor gut fünf Jahren widersprachen erst nur wenige, als die deutsche Regierung nach dem Vorbild des autoritär regierten China und in einer internationalen Kettenreaktion einen «Lockdown» anordnete, um eine zunächst als extrem gefährlich vermutete Seuche von Coronaviren (Sars-CoV-2/Covid-19) einzudämmen. Überall hiess es, die Abriegelung der Gesellschaft, Versammlungs- und Ausgehverbote, Schulschliessungen, Kontaktsperren und Maskenzwänge seien notwendig, um die Seuche einzudämmen, eine Überlastung des Gesundheitswesens zu vermeiden und Leben zu retten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte «Pandemiealarm» ausgerufen, wissenschaftliche Modellrechnungen Horrorszenarien mit Millionen Toten an die Wand gemalt, und die Zahlen Infizierter, Erkrankter und Toter stiegen rasant. Dazu sorgten Kriegsberichte und schockierende Bilder auf allen Kanälen, rund um die Uhr, für Angst und Handlungsdruck.² Es begann ein mehr oder weniger zweijähriger Ausnahmezustand, d. h. eine krisenbedingte Machtkonzentration bei der Regierung, mit Einschränkungen von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, wie es in der Bundesrepublik noch nie vorkam.³ Das Volk sammelte sich krisentypisch hinter der Regierung, forderte Zusammenhalt und Unterordnung, ein grosser Teil plädierte sogar für noch strengere Massnahmen.⁴ Auch ich war zunächst gebannt von den Schreckensberichten und plausibel klingenden Thesen der Eindämmungspolitik.

Abweichende Informationen und Kritik kommen auf ...

Je mehr ich mich informierte, desto stärker wurden aber bald meine Zweifel, inwiefern die autoritären «Anti-Corona-Massnahmen» wirklich erforderlich, geeignet und verhältnismässig waren. So warnte schon Mitte März 2020 John Ioannidis (Professor für Medizin

und Epidemiologie an der US-Universität Stanford) vor übertriebenen, schädlichen Reaktionen wie Lockdowns, der anhand von Daten eines Kreuzfahrtschiffes zudem eine nur moderate Gefährlichkeit des Virus abschätzte, was sich mit einer Sterblichkeitsrate von ca. 0,1–0,5 % der Infizierten bald bestätigte.⁵ Ähnlich kritisierte Andreas Sönnichsen (Professor für Medizin) die mangelnde Evidenz der panisch ergriffenen Massnahmen, welche auf zweifelhaften Annahmen und Modellrechnungen beruhten.⁶ Dass die Anti-Corona-Massnahmen übertrieben, nutzlos oder schädlich seien, kritisierten auch Wolfgang Wodarg (Lungenfacharzt, ehemaliger Leiter eines Gesundheitsamtes und SPD-Politiker) und Sucharit Bhakdi (Professor für Mikrobiologie und Immunologie im Ruhestand).⁷ Nicht zuletzt gab der Sonderweg Schwedens zu denken, wo Anders Tegnell als leitender Epidemiologe der – unabhängigen – staatlichen Gesundheitsbehörde auf geltende Pandemiepläne verwies und einen allgemeinen Lockdown ablehnte, wie auch Schulschliessungen oder den Zwang zum Maskentragen im Alltag, wofür es keine Evidenz gebe.⁸

Abwehr von Kritik unter dem Deckmantel von Moral und Wissenschaft

Auf Kritik der Anti-Corona-Massnahmen drohte meist reflexartig der moralische Vorwurf, die Gefahren der «Pandemie» zu verharmlosen und die (offenbar über allem stehenden) Ziele des Lebens- oder Gesundheitsschutzes sowie der Solidarität mit Verletzlichen, meist älteren Menschen zu verraten. Dazu kam der verheerende Schlachtruf «folgt der Wissenschaft», womit jeglicher Widerspruch zur herrschenden Sichtweise als unwissenschaftlich, irrational oder idiotisch inkriminiert wurde. Zwar fanden zunächst noch Kritiker, wie Wodarg, in den Leitmedien Gehör, aber bald drohte allen, die von der herrschenden Sichtweise abwichen, auch seriösen Wissenschaftlern, Ärzten usw., Vorwürfe wie «Corona-Leugner», «Schwurbler», «Covidioten» – nicht nur in Deutschland.⁹ Der Informationskonzern YouTube löschte z. B. ein Interview mit dem renommierten John Ioannidis wegen angeblicher Desinformation, er wurde beschimpft und erhielt sogar Morddrohungen.¹⁰ Auch Andreas Sönnichsen wurde nach einem Interview im österreichischen Fernsehen mit einer Welle an Schmähungen

überflutet, der Rektor seiner Universität verbot ihm per Telefonanruf kurzerhand Interviews und später folgte sein Rauswurf unter zweifelhaften Argumenten (siehe sein Bericht im vorliegenden Band). Unter dem missbrauchten Banner «der» Wissenschaft entfaltete sich eine Art moderne Ketzerverfolgung. Auch wenn die «Corona-Leugner» nicht wie frühere Gottesleugner auf dem Scheiterhaufen landeten, wurden sie aggressiv beschimpft, zensiert, aus beruflichen Positionen entfernt und strafrechtlich verfolgt sowie inhaftiert (siehe die Geschichten der Ärztin Carola Javid-Kistel und des Soldaten Alexander Bittner).

Kontrolle, Lenkung und Zensur der öffentlichen Meinung

In der Corona-Krise erblühte geradezu eine Unkultur der Formierung, Lenkung und Zensur öffentlicher Meinungsäusserungen,¹¹ alles unter dem Deckmantel «der» Wissenschaft und im Kampf gegen vermeintliche «Desinformation» oder zum Schutz «unserer» Demokratie (die ständige Betonung des «Wir» erinnert übrigens an den Faschismus). Jüngst schlug ein Journalist im Mitteldeutschen Rundfunk allen Ernstes sogar Meinungsfreiheit als Unwort des Jahres vor, denn hierbei handle es sich um einen rechtspopulistischen Kampfbegriff, so eine «Philosophin».¹² Schon länger wurden dazu die gesetzlichen Möglichkeiten zur Kontrolle und Zensur elektronischer (sozialer) Medien geschaffen und ausgeweitet. Damit bilden sich (im Verbund mit der EU) immer mehr eine Art staatsnaher Wahrheitsagenturen, wobei neben den Landesmedienanstalten diverse, oft staatlich geförderte, Einrichtungen zum «Faktencheck» wie Pilze aus dem Boden schossen.¹³ Diese orientieren sich mangels eigener Expertise zwangsläufig in erster Linie oder ausschliesslich an den herrschenden Sichtweisen von Regierungen, regierungsnahen Experten und Interessenorganisationen (oft staatlich gefördert).

Verheerend wirken die wachsenden *technischen* Möglichkeiten einer unauffälligen, automatischen Selektion und Lenkung von Informationen und Aufmerksamkeit durch IT-Konzerne, mit ihren Algorithmen und Programmen. Damit werden abweichende Sichtweisen zur herrschenden Meinung zwar weiter in einem freien Informations- und Meinungsmarkt zugelassen, sind aber meist nur am Rand, mit Mühe zu finden und oft mit Warnhinweisen zur Einordnung versehen oder mit Diffamierungen (z. B. bei Wikipedia). Streng genom-

men findet so keine Zensur statt, aber es entsteht wie selbstverständlich ein Korridor des legitimen Sag- oder Denkbaren, wobei an den Rändern zwar grosse Chancen bestehen, Aufmerksamkeit zu erhalten. Noch mehr wachsen aber die Risiken der Diffamierung und Vernichtung, je weiter man sich von der, von wem und wie auch immer definierten, moderaten Mitte als vermeintlicher Wahrheit entfernt (siehe Michael Meyen und seine Geschichte).¹⁴

Eminenz vor Evidenz oder:

Politisch instrumentalisierte Wissenschaft

Im Ausnahmezustand der Corona-Krise bestimmten zuallererst die Regierung und politisches Kalkül die öffentliche Meinung, weniger wissenschaftliche Evidenz, wie behauptet wurde. Dieses zeigen nicht zuletzt die per Whistleblower publik gewordenen Protokolle aus dem (staatlichen, weisungsgebundenen) Robert Koch Institut (RKI), z. B. zur Erhöhung der Risikoeinschätzung vom 16. 3. 2020, die politisch angeordnet wurde.¹⁵ In den öffentlichen Auseinandersetzungen wurde aber vor allem oder ausschliesslich auf das RKI als vermeintlich unabhängige wissenschaftliche Einrichtung verwiesen, womit Diskussionen und nicht zuletzt die rechtsstaatliche Kontrolle unterdrückt wurden (siehe den Beitrag des ehemaligen Richters Christian Dettmar).¹⁶ Dazu kamen die von der Bundesregierung berufenen Expertinnen und Experten, wobei diese Eminenzen oft zugleich als politische Aktivisten in Erscheinung traten, allen voran Christian Drosten (Professor und leitender Virologe der Charité Klinik in Berlin): Dieser beschimpfte z. B. den Kollegen Andreas Sönnichsen einfach als «Irrlicht», dessen wissenschaftliche Expertise als «polemisch» und «emotional»; die Kollegen der Great Barrington Erklärung wurden als «Pseudo-Experten» tituiert, wobei er selbst schon durch übertriebene Warnungen vor «Pandemien» auffiel, eine zweifelhafte Studie zu Schulschliessungen verantwortete und nicht zuletzt als Entwickler sowie Vertreiber des PCR-Tests nicht nur uneigennützig Interessen verfolgte.¹⁷ Drosten war auch ein Wortführer, der die These, Covid-19 sei aus einem Labor der militärischen Forschung entwichen, als «Verschwörungstheorie» geisselte, was Leitmedien und «Fakten-Checker» übernahmen, bis jüngst Geheimdienste genau diese These als sehr wahrscheinlich zutreffend einstufte.¹⁸

Ein Verdacht und politisch gefährliches Fahrwasser ...

In der Corona-Krise kursierte in sozialen Netzwerken früh ein politisch brisanter Verdacht, nachdem v. a. Wolfgang Wodarg darauf hinwies, dass die WHO die Gefahren von Seuchen oder Pandemien schon länger dramatisiere.¹⁹ Tatsächlich hatte die WHO schon 2009/10 vorzeitig Pandemiealarm zur sog. Schweinegrippe (H1N1) ausgelöst, wodurch Unmengen an Steuergeldern, u. a. für unnötig beschaffte, zum Teil gefährliche Impfstoffe verschleudert wurden, was wesentlich von Wodarg aufgedeckt wurde. Dazu wurde bekannt, dass die WHO die Definition einer «Pandemie» ausgeweitet hatte, indem die Voraussetzung grosser Sterblichkeit gestrichen wurde und wodurch zwangsläufig häufiger und mitunter falscher Alarm erfolgen muss.²⁰ Dazu drängte sich die Frage nach möglichen Einflüssen der Pharma- und Gesundheitsindustrie auf die WHO und die globale Gesundheitspolitik auf. Dabei wurde die Rolle philanthropischer Kapitalisten, wie Bill Gates, kritisch angesprochen, weil er (wie viele andere) mit milliardenschweren Stiftungen und «Thinktanks» einen erheblichen globalen politischen Einfluss ausübt und zugleich an der Entwicklung sowie Verbreitung von Medikamenten oder Impfstoffen beteiligt ist sowie einer der grössten Geldgeber der WHO.

Jedenfalls wuchs die Kritik an den Anti-Corona-Massnahmen bald rasant, vor allem in sozialen Netzwerken und elektronischen Medien (wie Twitter/X, Multipolar, Rubikon, Nachdenkseiten usw.), zumal durch regierungsnahe Expertinnen und Experten sowie Leitmedien diese Kritik oft pauschal zurückgewiesen und diffamiert wurde.²¹ Als Katalysator der wachsenden Polarisierung und Verhärtung der politischen Auseinandersetzung kam dazu, dass sich die oft als rechtsextrem verteilte Partei «Alternative für Deutschland» (AfD) an der Kritik und an Demonstrationen gegen die Anti-Corona-Massnahmen beteiligte (nachdem diese zuerst noch *mangelnde* Massnahmen der Regierung kritisierte). Fortan drohte allen Kritikern der Vorwurf, sich mit «Rechten» gemein zu machen. Auch mir warf ein linksgerichteter Kollege einen «Lagerwechsel» vor, weil ich die Anti-Corona-Massnahmen kritisierte und alternative, oppositionelle Medien verteidigte. Rational betrachtet ist aber zunächst nicht relevant, wer oder wie viele etwas sagen, sondern ob eine Aussage den Tatsachen entspricht und erst danach, welche Bewertungen und Konsequenzen damit verbunden sind.

«Verschwörungsdenken» als Totschlagargument und autoritäres Denkverbot

Dazu wird heute oft «Verschwörungsdenken» geraunt, um kritische Fragen als abwegig, rechtsradikal oder antisemitisch zu behaupten. Zwar kommen Verschwörungen in *funktionierenden* Demokratien eher selten vor und werden meist entdeckt, sind aber nicht unmöglich. Somit muss die Frage nach politisch oder ökonomisch motivierten Interessen und deren Einflussnahme, bis hin zur Korruption und Verschwörung, erlaubt sein. So war es eine klare Verschwörung der Regierung Bush/Powell, als diese nach «9/11» Belege über Massenvernichtungswaffen im Irak behauptete, um einen Angriffskrieg 2003 zu begründen. Damals hatten Leitmedien weltweit diese Lügengeschichte verbreitet und auch bei 9/11 wurden kritische Fragen reflexartig als Verschwörungsideologie diffamiert (zu Denkverboten nach 9/11 siehe den Bericht von Daniele Ganser). Im Übrigen mögen Annahmen über dunkle Machenschaften, Korruption und Verschwörungen in rechtsextremen (wie linksextremen) Kreisen im übertriebenen Mass vorkommen. Ob eine Theorie richtig oder falsch ist, zeigt sich aber nicht daran, wer diese aus welchem Grund aufstellt, sondern alleine an der empirischen Evidenz, die im Einzelfall zu prüfen ist. Die ökonomische und politische Einflussnahme auf Wissenschaft und Medien ist zudem eher die Regel als die Ausnahme, zumal in der Politikberatung und wenn starke ökonomische Interessen im Spiel sind.²² Ich selbst habe die Einflussnahme von Politik, Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen in der Wissenschaft oft erlebt, was von «goldenen Zügeln» der Forschungsförderung bis zum wortwörtlichen Diktieren von Studien reicht. So sass einmal ein Ministerialbeamter im «wissenschaftlichen Institut» direkt hinter uns und schrieb mit am «Forschungsbericht». Ich bereue bis heute, dass ich damals nicht vehementer widersprochen habe, aber mein befristeter Vertrag und der prekäre Arbeitsmarkt liessen mich (wie so viele) kuschen. Nicht zuletzt sind aber persönliche oder soziale Verflechtungen und die habituelle, soziale Nähe von Eliten (mit ähnlicher Sozialisation, dem Studium an denselben Hochschulen usw.), wichtiger für die meist unauffällige, selbstverständliche Abstimmung oder Koordinierung von Sichtweisen.²³